

„DGB Bayern: Investitionen für eine gerechte Zukunft gefordert“

Der DGB Bayern fordert höhere Investitionen in Energie, Bildung und Infrastruktur, um der Wirtschaftsflaute entgegenzuwirken. Solidarität statt Kürzungen!

Investitionen als Schlüssel zur wirtschaftlichen Erholung in Bayern

Die anhaltende Wirtschaftsflaute in Bayern hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) dazu veranlasst, dringende Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität zu fordern. Diese Forderungen zielen insbesondere auf mehr Investitionen in essenzielle Bereiche, die entscheidend für die Lebensqualität und die Zukunft der Bürger sind.

Forderungen des DGB: Ein nachhaltiger Ansatz

Der bayerische DGB-Vorsitzende Bernhard Stiedl betont, dass nicht Profitmaximierung, sondern gesellschaftliche Solidarität im Fokus stehen muss. „Nur durch gesellschaftliche Solidarität und Investitionen in Menschen, nicht in Profite, kann eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung gelingen“, erklärte Stiedl. Diese Aussage spiegelt ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit wider, gesellschaftliche Bedürfnisse über rein wirtschaftliche Interessen zu stellen.

Dringender Investitionsbedarf wird deutlich

Laut einer DGB-Studie zur Strukturpolitik in Bayern beläuft sich der jährliche Investitionsbedarf auf beeindruckende 22 Milliarden Euro. Diese Summe ist erforderlich, um die Bereiche Energie, Infrastruktur, Wohnen und Gesundheit angemessen zu fördern. Stiedl hebt die Dringlichkeit von Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr sowie in digitale Infrastrukturen hervor, um den sich wandelnden Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Sozialer Wohnungsbau: Eine kritische Notwendigkeit

Ein zentrales Anliegen des DGB ist die Notwendigkeit, in den sozialen Wohnungsbau zu investieren. Stiedl warnt, dass ohne entsprechende finanziellen Mittel die Zahl der Menschen in prekären Wohnverhältnissen oder sogar Obdachlosigkeit steigen könnte. Angesichts des steigenden Drucks auf den Wohnungsmarkt ist eine durchdachte und nachhaltige Wohnbaupolitik mehr denn je gefragt.

Verantwortung des Staates für die Zukunft

Der DGB reagiert auch auf aktuelle politische Diskussionen über Themen wie eine längere Lebensarbeitszeit oder das Bürgergeld. „Der Staat muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und mit den notwendigen Investitionen eine Zukunft gestalten, die Wohlstand, Sicherheit und Gerechtigkeit für alle Menschen hierzulande gewährleistet“, forderte Stiedl abschließend.

Diese Ansprüche sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern betreffen auch das soziale Gefüge der Gesellschaft. Investitionen in Bildung, Gesundheit und Infrastruktur sind demnach nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich von enormer Bedeutung, um eine stabile und gerechte Zukunft für alle Bürger in Bayern zu sichern.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de